

Niemandsländ Fliegerhorst – Teil 1

Der ehemalige Flugplatz im Diepholzer Süden nach dem Zweiten Weltkrieg (1949–1951)

Nr. 2/2026

Auf dem Flugplatz

und an der Maschstraße stehende Gebäude hätten 1949 schätzungsweise 3.000 Menschen Unterkunft gewähren können.

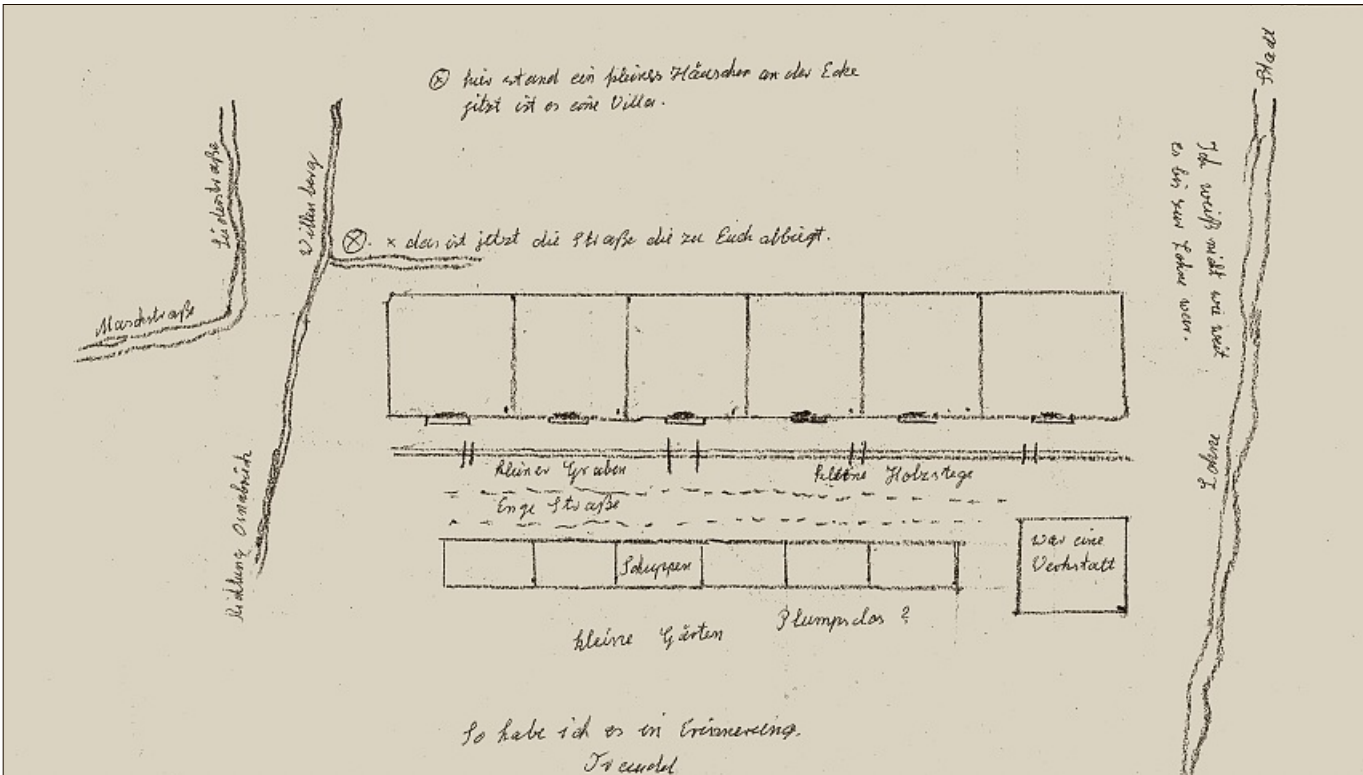
VON FRANK WIGGERMANN

Vor dem Zusammenbruch 1945 war der etwa drei Kilometer entfernte Flugplatz der ausschlaggebende Faktor für das Wirtschaftsleben der Stadt Diepholz gewesen. Die Flugzeugwerft hatte einem großen Teil der einheimischen Bevölkerung Beschäftigung gegeben. Seit der Errichtung des Flugplatzes in den Jahren 1935/36 hatte sich die bodenständige Bevölkerung deutlich vermehrt. Nach 1945 war das Flugplatzgelände eine Art Niemandsland, das kaum durch Warnschilder geschützt war. Von der Minengefahr ließ sich niemand abschrecken.

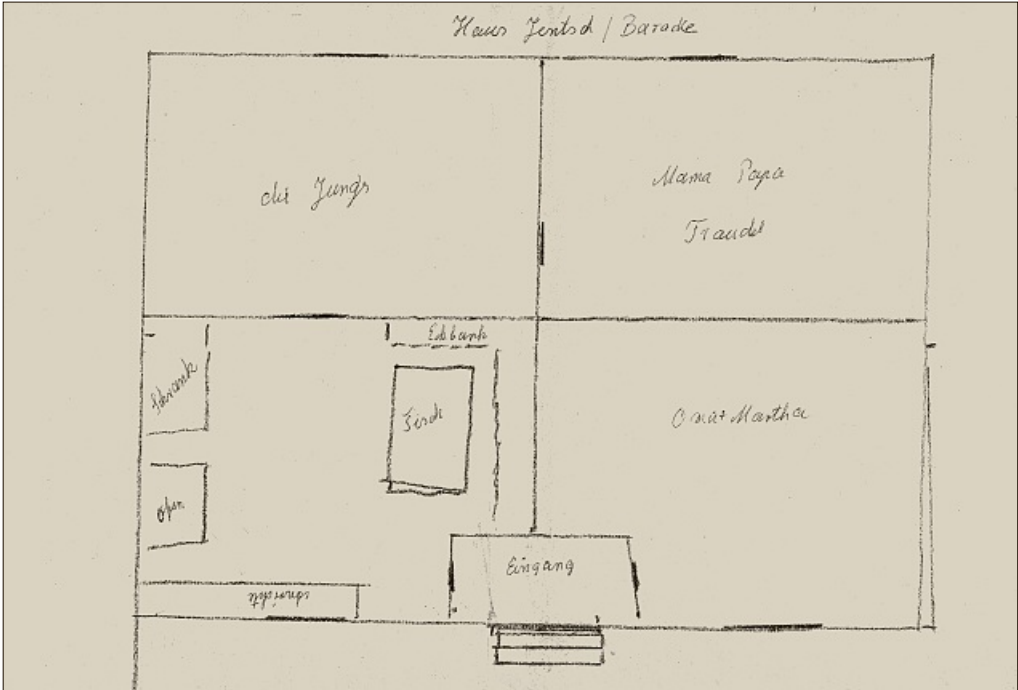
Anfang 1949 führten die Kommunalpolitiker längere Verhandlungen darüber, was aus dem Flugplatz werden solle. Einige Flugzeughallen, Werftgebäude und sonstige kriegswichtige Bauten hatten die Briten inzwischen sprengen lassen. Der Eisenschrott war abtransportiert. Der parteilose „Welfe“ Brüning, mittlerweile Stadtdirektor (1946–1949), favorisierte die Räumung der noch vorhandenen Gebäude, Kasernen, Werkshallen und Lagerhäuser. Die jüdischen Überlebenden waren mittlerweile weitergezogen. Auch das Camp der litauischen Flüchtlinge, das die Briten inzwischen auf dem Fliegerhorst angesiedelt hatten (1948), solle aufgehoben werden, so Brüning. In den freiwerdenden Wohnungen der Kasernen sollten weitere deutschsprachige Flüchtlinge aus Diepholz und Umgebung untergebracht werden. Bahnte sich ein Verdrängungswettbewerb um die Liegenschaften des Flugplatzes an? Deutsche gegen Litauer?

Auch Gewerbebetriebe und Fabriken gedachte Brüning in den großen Lagerhallen und sonstigen Gebäuden einzurichten, um Arbeit zu schaffen. Die Ackerbürger- und Beamtenstadt Diepholz-Willenberg hatte keine nennenswerte Anzahl von Industrieunternehmen hervorgebracht. Die lokale Wirtschaft lag 1949 darnieder, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Aufhebung des Flugplatzbetriebes; es brauchte dringend neue Dauerbeschäftigungsverhältnisse, um den jahrelangen Notstand zu beheben und die Massen der Flüchtlinge aufzunehmen. Während der Zeit der britischen Besatzungszone (1945–1949) dachte niemand in Niedersachsen ernsthaft an eine Remilitarisierung des Flugplatzes.

Tatsächlich war die Wohnungsnot in Diepholz groß. Der Landkreis Grafschaft Diepholz hatte überdurchschnittlich viele Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, obwohl er wenig Industrie, aber große Moorflächen hatte. Allein der Stadt Diepholz wurden 4.048 ostdeutsche Flüchtlinge zugewiesen.



Situationsplan (obere Abb.) **und ein Grundriss der Baracken** (untere Abb.) an der Engen Straße in Diepholz gegen Ende der 1940er Jahre. (Zeichnungen von Traudel Jentsch, einem ehemaligen Flüchtlingsmädchen an der Engen Straße)



Die Bevölkerung der Stadt verdoppelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber den 1930er Jahren auf rund 9.500 Menschen. Die Zahl der wohnungssuchenden Familien lag in Diepholz bei rund 300. Davon lebten 123 Familien in Elendsquartieren, so Bürgermeister Samenfeld und Stadtdirektor Brüning. Die auf dem Flugplatz stehenden Gebäude und die Baracken an der Maschstraße, die die Engländer (die sog-

nannten Kreis Resident Officers) noch nicht freigegeben hatten, könnten schätzungsweise 3.000 Menschen Unterkunft gewähren.

Samenfeld und Brüning warnten 1949 ihre Adressaten, die Parteien und die Briten, die sich um die Demokratisierung der Deutschen sorgten, geschickt vor politischer Radikalisierung und Anarchismus der ostdeutschen Flüchtlinge. Der Ausfall der durch den Flug-

platz gegebenen Erwerbsmöglichkeiten sowie das Hereinströmen von über 4.000 Ostflüchtlingen, die hauptsächlich aus Schlesien, aber auch aus Ostpreußen, Pommern, aus dem Weichsel-Warthe-Gebiet, aus dem sogenannten Sudetenland, aus Westpreußen, dem Baltikum und der Mark Brandenburg kamen, hatten zu einer seit Jahren anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit geführt. Indessen wussten sich



Flüchtlingskinder auf dem sogenannten „Vorwerk“

(Foto: Werner Schäpel, Ossenbeck)

der Engestraße, wie sie auch geschrieben wurde, keine Hausnummern, wie die Adressbücher des Kreises Grafschaft Diepholz ausweisen (Ausgabe 1950/51). Die Straßengemeinschaft der Flüchtlinge funktionierte offensichtlich. Aus der Perspektive der damaligen Kinder gab es wenig Streit oder Missgunst, aber vorläufig auch keine Vermischung mit einheimischen Diepholzern. Es war eine vertriebene Schicksalsgemeinschaft, die nur kollektiv durchhalten konnte. Als bald waren die Väter als Tischler und Handwerker bei den Bauern der Umgebung oder als Tapezierer in der Kleinstadt gefragt. Sie lebten von der Hand in den Mund, tauchten sicherlich in keiner regulären Arbeitsstatistik auf, aber sie konnten ihre Familien durchbringen. Später arbeiteten sie auf dem Fliegerhorst, die Mütter trugen das Ihre zum Einkommen bei, arbeiteten in der Fischräucherei Hahn & Co. auf dem Vorwerk oder zogen später auf ihren kleinen Hofstellen, die sie weitgehend in Eigenleistung errichteten, Gemüse, mit dem sie jahrelang Händler in der Stadt belieferten. Sie entwickelten sich rasch zu Selbstversorgern.

Unter den deutschen Vertriebenen im Diepholzer Süden waren sowohl ehemalige Nationalsozialisten, viele Mitläufer als auch einige Flüchtlinge, die dem NS-Regime eher ablehnend gegenüberstanden hatten – wie unter den Einheimischen in Diepholz auch. Manchmal fanden sich willige Vollstrecker Hitlers und Gegner des Faschismus unter einem Dach, in der eigenen Verwandtschaft auf dem Fliegerhorst, in den Baracken und Häusern des Diepholzer Südens wieder. Kein Ausbruch offener Aggression ist bekannt. Flüchtlinge und Vertriebene mussten – wie die Einheimischen – zusammenhalten und für das Überleben sorgen. Wer hätte Isolierung und Hunger riskiert, wenn er sich von der politischen Einstellung bestimmter verwandter Alt-Nazis offen distanziert hätte? Anders in manchen (ehemals von Deutschen besetzten) Ländern Europas, in Frankreich, Italien oder Jugoslawien, wo Partisanen und Bürger 1944/45 mit ehemaligen profaschistischen Kollaborateuren des Hitler-Regimes blutig abrechneten.

Quellen:

StArch DH Des. 29 E, Nr. 4;
StArch DH Des. 29 E, Nr. 5;
StArch DH Des. 29 E, Nr. 6;
KArch DH, Akte: Kosten für
Ausländer 1945-1947;

Impressum

Das Heimatblatt des Landkreises Diepholz erscheint jeweils am letzten Samstag eines Monats.
Verantwortlich für die Inhalte ist der Leiter des Kreisarchivs Landkreis Diepholz, Stephan Kathe.

Kontakt:
Niedersachsenstr. 2
49356 Diepholz
05441/976-1970
kreisarchiv@diepholz.de